

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2403 und 2496

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 IV.
Fernsprecher: Amt Norden 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei feiler Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1918 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zusendung unter Streifenband 4 M.

Berliner Organ

Inserate kosten die sechsgespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen“ das selb gedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreispaltige Reklamzeile 3 M., Teuerungszuschlag 30 Pf. Bei Familienanzeigen, Versammlungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 10, aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Donnerstag, den 12. Dezember 1918

Nummer 51

Die bürgerlichen Parteien gegen die Revolution.

Ein Kompott der bürgerlichen Parteien.

Nest erfährt man, wer hinter der Kalkulation des „Berl. Tagebl.“ über die bevorstehende Einberufung des Reichstags steht. Das Blatt teilt mit, daß zwischen den bürgerlichen Parteien Aussprachen darüber stattgefunden haben, ob nicht eine Einberufung des Reichstags unumgänglich notwendig wäre. Eine neue Beratung soll am Freitag stattfinden.

Das ist ja eine recht nette Entfaltung und ein schöner Plan, die notwendige Basis für eine Gegenrevolution zu schaffen! Denn wenn nur erst die Herren Konterrevolutionäre, Merkantilisten und Nationalliberalen beisammen wären und sich als die Berufenen — allerdings von der Entente berufenen — Volksoberste aufsetzen könnten, dann würde die Erhaltung der Regierung Ebert-Gaase unter freundschaftlicher Mitwirkung der Fortschrittler wohl schon Formen annehmen können!

Es sind doch keine Anaben, diese bürgerlichen Politiker! Außer ihnen stellen sie sich peinlich auf den Boden der neuen Verfassung, können nicht rasch genug umlernen, beteuern ihren Respekt vor der Volkshoheit, ändern die Firma und insaheim gehen sie hin, um zu beraten, wie man am schnellsten der Revolution und ihren Befürwortern den Barsam machen kann! Da sitzen zusammen die Konterrevolutionäre, die auf das konterrevolutionäre Offizierskorps bauen und sich schon jetzt an der Vertilgung des „unheimlichen Schreckens“ erwidern: die Merkantilisten, die unheimliche Angst auf die Verstärkung der deutschen Einheit fassen und sich mit den Schwerindustriellen Nationalliberalen darin so trefflich verstehen, und die neue deutschdemokratische Partei. Und das Orkan gerade dieser Parteien solches Wesen.

Nest weiß man auch wohl, woher die Klagenmeldungen stammen, die Entente wolle mit der Regierung nicht verhandeln, und deshalb sei die Einberufung des Reichstags unumgänglich. Der Plan ist jetzt ganz klar: entweder tritt der Reichstag zusammen, und dann hofft man, die Revolution auf diesem Wege abzuwehren zu können, oder aber der Plan mißlingt, und dann hat man den Entente vielleicht doch den Vorwand geschaffen, den Einmarsch, den die Patrioten herbeiführen, durchzuführen. Sie leiden ja nicht so sehr darunter, sondern nur die Volksmassen. Und diese Leiden nähmen sie gern in Kauf, werden sie dafür nur von der sozialistischen Reaktion befreit.

Die Rechtssozialisten werden nun doch vielleicht einsehen, woher die Gefahr droht. Wir leben die Einheit der bürgerlichen, gegenrevolutionären Front. Werden sie jetzt endlich so viel Entschlossenheit und sozialistische Lastrait ausbringen, um die Einheit der proletarischen Front, die auch ohne Einigung der Parteien möglich und angeht, der Gefahr notwendig ist, nicht zu erschüttern? Sie leben jetzt die Absichten ihrer bürgerlichen Freunde, auf die sie fortwährend nicht genug Rücksicht nehmen können. Werden sie endlich sich der Konzeptionen bewusst werden, die ihr ewiges Einigen zu Kompromissen ihr Ködern und Faudern mit sich bringt? Wir brauchen die Einheit der proletarischen Front, aber die ist nur heranzuführen, wenn die proletarischen Massen unablässig darauf hindrängen, daß alle Sozialisten auf revolutionärer Basis sich gegen die bürgerliche Reaktion wenden und das Werk der Revolution mit größter Energie und größter Kühnheit fortführen.

Die Wahrheit bricht sich durch.

Ein Amsterdamer Korrespondent der „Morning-Post“ sagt: Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß die Anstrengungen, den Volkshoheitsrat in Berlin zur Macht zu bringen, mißschlagen sind, und daß die wüste bolschewistische Propaganda unter den Soldaten sehr wenig Erfolg gehabt habe, da die Straßenkämpfe, die zwischen Regierungstruppen und bolschewistischen Soldaten während der neulichen Kundgebungen entbrannt waren, mit einem vollständigen Sieg der Regierung endeten. Weiteres Kremanils sind zu

erwarten, da Liebknecht fortfährt, die Massen gegen die Regierung Scheidemann-Ebert-Gaase auszuwiegen. Der Generalstreik, der von der Spartakusgruppe in Szene gesetzt wurde, hat einen armseligen Erfolg gehabt. Neue Demonstrationen werden erwartet, aber die Regierung hat außerordentliche Vorsichtsmaßnahmen getroffen.

Der Pressedirektor des Volksrats, der uns diese Nachricht übermittelt sieht darin mit Recht einen Beweis, daß selbst die ganz rechts stehende, konservative „Morning-Post“ ausreicht, daß die Spartakusgruppe in Berlin nicht die Macht besitzt und die Regierung imstande ist, die Lage zu beherrschen.

Wir möchten noch hinzufügen, daß es uns recht wenig wahrscheinlich dünkt, daß die Befürchtungen des Amsterdamer Korrespondenten sich erfüllen.

Spät, aber doch!

Der von uns wiederholt angekündigte Rücktritt des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Dr. Solf, wird nun endlich demnächst erfolgen. Erst nach seiner Entfernung wird es möglich werden, die gründliche Reorganisation des Auswärtigen Amtes vorzunehmen, deren dieses Amt das durch seine Unfähigkeit wie durch sein Intrigantentum nachgerade berichtigt ist, so dringend bedarf.

Demonstrationen der Unabhängigen Sozialdemokratie in Düsseldorf.

Am Mittwoch nachmittag kam es in Düsseldorf im Anschluß an mehrere Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu einer Demonstration durch verschiedene Straßen der Stadt. Später sammelten sich Gruppen vor dem Geschäftshaus der „Düsseldorfer Nachrichten“ und versuchten, sich gewaltsam Eingang zu verschaffen. Es gelang jedoch, durch das besonnenes Einschreiten eines Arbeiterführers, die Demonstranten von jeder Gewalttätigkeit abzuhalten.

Die Entschädigungsansprüche Englands.

Aus London meldet Reuter vom 11. Dezember: Im Laufe einer Rede erwähnte Lloyd George, daß die interalliierte Kommission die deutsche Fähigkeit, die Kriegskosten zu zahlen, untersuchen soll, noch nicht zusammengetreten ist. Aber das britische Reichskabinett hat gestern seinen Bericht überreicht. Es halte es für möglich, die ganzen Kriegskosten von Deutschland zu erheben, ohne eine Besatzungsarmee für eine lange Periode in Deutschland zurückzulassen oder große Kosten deutscher Waren anzunehmen. Die Konferenz ist der Ansicht, daß von den Alliierten mit wirtschaftlichen und internationalen Mitteln der nötige Druck auf Deutschland ausgeübt werden kann. Sobald der Bericht der interalliierten Kommission vorliegt, wird er der Friedenskonferenz überreicht werden, die unsere Forderungen zusammenlegen wird. Diese Forderungen müssen, worin immer sie bestehen mögen, vor der deutschen Kriegsschuld kommen. Die Alliierten werden in erster Linie die Interessen der Völker berücksichtigen, mit denen Deutschland Krieg führte, nicht die Interessen des deutschen Volkes, das sich dieses Verbrechen gegen die Menschheit schuldig gemacht hat.

Aus der Rede, die mit dem Geist der 14 Punkte Wilsons durchaus im Widerspruch steht, geht wieder einmal deutlich hervor, wohin die verbrecherische Politik des alten Regimes das deutsche Volk gebracht hat. — Die Entente-Imperialisten sollen indes bedenken, daß sie, wenn sie ihre Pläne ausführen, einen Zustand in Europa schaffen, der weit von dem Zustand der allgemeinen Verabigung entfernt ist, den ihre Völker erleben.

Die amerikanischen Lebensmittel für Europa.

Genf, 11. Dezember. Nach einer Meldung der Neuen Korrespondenz haben 33 Dampfer, die Lebensmittel für Europa an Bord haben, in den letzten Tagen amerikanische Häfen verlassen.

Brot, Friede, Freiheit!

Ein Mahnwort an die Heimkehrenden.

Das deutsche Volk hat durch den von seinen früheren Machthabern frevelhaft angezettelten Krieg einen Aufammenbruch erlebt, wie wohl nie zuvor ein großes entwickeltes Volk. Nach viereinhalb Jahren ungeheuerlichster Opfer an Gut und Blut steht es nun vor einem Trümmerhaufen und muß seine letzten Kräfte zusammenraffen, um aus dem Zusammenbruch zu retten, was noch zu retten ist.

Einsichtlos, ihrer Verantwortung bewußte Politiker haben diesen Zusammenbruch seit Jahren vorausgesehen und zum schleunigen Frieden gedrängt. Ihre Stimmen wurden überdönt vom Geheul der Weltröberer und Kriegsgewinnner, die nicht genug zusammenraffen konnten an fremdem Gut und am Blutins des eigenen Volkes. Unsere Partei, die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands, die als einzige politische Partei unermüdet gegen den Krieg kämpfte und jedes Kompromiß mit der Regierung und den Kriegsparteien ablehnte, wurde gefesselt und geknebelt. Hunderte von uns schmachteten in den Gefängnissen, weil sie bestrebt waren, dem Volke die Wahrheit zu sagen und den Dunskreis der Lüge und des Betruges zu zerreißen, in dem es von seinen Herrschern, von allen sie führenden Parteien gehalten wurde.

Die Novemberrevolution hat alle diese Schuldbüden fortgesetzt. Mit einem Ruck hat das aufständische Volk seine Fesseln abgestreift und von der Regierungsgewalt Befreiung ergriffen. Die geistigen Herren flüchteten nach dem Auslande oder verkrochen sich in den Mauerslöchern. Ihnen graute vor der Verantwortung, die auf ihnen lastete, und sie überließen anstandslos die Regelen ihrer Hinterlassenschaft den neuen Herren — dem revolutionären Volk.

Nest, nach wenigen Wochen der Revolution, beginnen sie sich wieder zu regen. Ihre offenen und verkappten Soldknechte in der Presse und in den Versammlungen suchen den Boden für die Wiederaufrichtung der alten Ordnung vorzubereiten. Sie appellieren an die niedrigsten Instinft, sie beugen alle Klaffen, Nationen, Stände gegeneinander, sie lösen Zwietracht und Unordnung, — sie, die sich sonst stolz rühmen, die beruflichen Hüter der „Ruhe und Ordnung“ zu sein. Ihre größte Hoffnung bilden die heimkehrenden Soldaten. Sie wissen sehr wohl, daß sie sich mit ihren länerischen Reden nicht an jene Soldaten und Arbeiter heranwagen dürfen, die die Revolutionen miterlebt, die selbst im Kampfe um die Freiheit gestanden haben. Sie wenden sich deshalb mit Vorliebe an jene Truppenkörper, die noch gefesselt von der eisernen Kommandogewalt der Offiziere und von der politischen Aufklärung ferngehalten, den Vornängen im Reiche ohne genügenden Verständnis gegenüberstehen. An diese Soldaten wenden sie sich und rufen sie immer lauter auf zum Kampf gegen die Errungenchaften der Revolution.

Was verbrocht, traun sie freudig, die Revolution — und was hat sie gehalten, was ist Wirklichkeit? Friede, Freiheit und Brot habe die Revolution versprochen. Aber nichts von diesen Versprechungen habe sie gehalten. Nur noch schlimmer sei es während der Revolution geworden.

Nedem halbwegs mit den politischen Tingen Vertrauten ist die Nichtswürdigkeit und Verlogenheit dieser Behauptungen klar. Aber für diejenigen, die nach Jahren der Mühsal von der Front ohne Kenntnis der historischen Vorgänge und verführt von der „vaterländischen“ Propaganda der Offiziere in die Heimat zurückkehren, sind einige aufklärende Bemerkungen veranlassen.

Zunächst: Wie ist es zum Abbruch des Krieges, zum Abbruch des Vassallenthums, zur Vorbereitung der Friedensverhandlungen gekommen? Wir, die Krieger und Träger der Revolution, haben zum Frieden, zur Verabridung mit den Gegnern gedrängt. Wir haben verlangt, daß jede Gelegenheit wahrgenommen werde, um zu einem demokratischen Frieden, zu einem Frieden der

Leitern; jetzt wird gar ein privates Erwerbsmonopol geschaffen.

Das einzig Richtige ist natürlich, daß ein objektiv geleiteter amtlicher Besserdienst allen Zeitungen das zur Information der Öffentlichkeit sich eignende Material gleichmäßig mitteilt, ohne jede Bevorzugung einzelner Zeitungen oder gar einzelner Journalisten.

Um die Nationalversammlung.

Es scheint, daß wieder ein Depeschensturm für eine frühere Einberufung der Nationalversammlung inszeniert wird und aktive Unterstützung beim rechten Flügel der Reichsregierung findet. Das Postliche Bureau wird in den Dienst dieser Bewegung gestellt.

Wir betonen gegenüber dieser offiziell geförderten Agitation, daß die Anziehung des Termins für die Wahlen zur Nationalversammlung auf einer Vereinbarung der beiden Gruppen in der Regierung beruht und daß es das Verhältnis der beiden Teile zueinander sehr ungünstig beeinflussen muß, wenn die Vertretung der Reichssozialisten in der Regierung in sehr unangenehmer Weise den offiziellen Apparat in den Dienst einer Bewegung stellt, der gegen diese Vereinbarung gerichtet ist.

Die Reichskonferenz der A- und S-Räte soll beeinflusst werden im Sinne des Bürgerturns und der Rechtssozialisten. Das Proletariat wird hoffentlich seine Vertreter auf dieser Versammlung gegen solche schädlichen Einflüsse zu immunisieren verstehen.

Die Entente und die A- und S-Räte.

Den gegenrevolutionären Aufstrebungen, daß die Entente überall rücksichtslos gegen die Arbeiter- und Soldatenräte vorgeht, setzt der Arbeiter- und Soldatenrat Frankfurt a. M. einen kräftigen Dämpfer auf. Er veröffentlicht folgende amtliche Mitteilung: Die in verschiedenen Blättern gedruckte Nachricht, daß die Entente die Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte in der neutralen Zone vorlangt, ist vollkommen unrichtig.

Der Arbeiterrat erklärt nach dieser Feststellung, daß es vollkommen unwohl sei, daß die Entente nach den Waffenstillstandsbedingungen sich Eingriffe in die innerpolitischen Einrichtungen der neutralen Zone vorbehalten habe.

Die Arbeiter- und Soldatenräte in der neutralen Zone sei keine Fortsetzung des Heines, sondern der Wunsch der gegenrevolutionären Kräfte unseres Landes.

Das Bürgerturn besingt den Erfolg und den darin gutgeheißenen Idealismus. Die angeblich nicht der Idealismus der Schulgebäude ob von dem herben Realismus der Annullierung der Kriegsverträge bis zu 5000 Mark und der sofortigen Sozialisierung des Wirtschaftslebens.

Das Proletariat, das auf Sauberkeit der Gesinnung hält, hat an Herrn Gustav Weyden nur ein Interesse: er verlaube keine Klänge!

Arbeitsrat für Kunst.

In der Überzeugung, daß die politische Umwälzung benutzt werden muß zur Befreiung der Kunst von jahrzehntelanger Bevormundung, hat sich in Berlin ein Kreis einheitlich gestimmter Künstler und Kunstfreunde zusammengeschlossen.

Zu der Spitze steht der Reichstag. Kunst und Volk müssen eine Einheit bilden. Die Kunst soll nicht mehr Genuß weniger, sondern Glück und Leben der Masse sein.

Zu dieser Basis werden zunächst sechs Forderungen gestellt: 1. Anerkennung des öffentlichen Charakters aller Vorkünfte, der staatlichen und privaten Aufhebung aller Beamtenprivilegien.

Stärke von 1200 Mann hier ein. Das Regiment bleibt bis zum Eintreffen des Infanterieregiments Nr. 81, das in acht bis zehn Tagen in die alte Garnison zurückkehrt, hier.

Die Vorfälle in der Reichskanzlei.

Wir erholten folgende Zuschrift:

Da wir Interesse daran haben, daß die Vorgänge von Sonntag vor der Reichskanzlei endlich einwandfrei der Wahrheit gemäß dem Berliner Publikum bekanntgegeben werden, bitten wir um Aufnahme folgender Zeilen:

Es entspricht nicht den Tatsachen, wenn in einem Teil der Berliner Presse behauptet wird, daß von der Sicherheitswache der Reichskanzlei vor den Toren des Reichsbauhofes eine Fortsetzung von A. Louis entwaffnet und mißhandelt worden sind.

Walter Jung, Posthabender der Wache, Im Namen seiner Kameraden.

Ein Manifest der französischen Arbeiter an Wilson.

Der Generalausschuß der französischen Gewerkschaftsverbände fordert sämtliche Gewerkschaften im Lande auf, nach dem Beispiel der Pariser Arbeiter am nächsten Sonntag Versammlungen zu organisieren, um eine gleichlautende Adresse anzunehmen.

Cloyd George über Heeresdienst und Marine.

In einer Rede in Bristol sagte Cloyd George, daß das Militärdienstgesetz aufgehoben werden wird, sobald die Notwendigkeit dafür aufgehört hat. Es bestehe nicht die Absicht, es zu erneuern.

aufmerksam und warum Deutschland es ist. Wir waren zu einem Offensivkrieg nicht gerüstet. Ueber die Marine sagte Lord George, sie sei keine Offensiv-, sondern eine Defensivwaffe, deshalb beachtliche England nicht, sie aufzugeben.

Widerstand gegen den Militarismus in England.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Die meisten liberalen und Arbeiterkandidaten sind mit der halbamtlichen Mitteilung, daß England der Friedenskonferenz die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht vorschlagen wolle, nicht zufrieden.

Ein Berliner Komitee ausländischer Sozialisten.

Von einer Gruppe in Berlin angeführter ausländischer Sozialisten ist ein Komitee gegründet worden, das sich die Verbreitung der sozialistischen Ideen in Europa, Aufklärung unter den Arbeiterklassen aller Länder über das Wesen und die Bedeutung der russischen und der deutschen Revolution sowie die Förderung eines dauernden internationalen Friedens zur Aufgabe gesetzt hat.

Die Räumung des Ostens.

Aus Helsingfors wird vom 11. Dezember gemeldet: Vorarbeiten und letzten ist ein sächsisches Karabinierregiment nach Deutschland in See gegangen.

Vom Kultusministerium.

Zu der Notiz, daß der Russe Herr Kutran auf Wunsch des Herrn Hoffmann in Deutschland innerhalb 48 Stunden naturalisiert und als Ministerialdirektor in das Kultusministerium berufen werden ist, legt das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Wert auf folgende Bestimmungen:

Bekanntmachung des Demobilisationsamtes.

Nach der Bekanntmachung des Reichs-Demobilisationsamtes vom 18. November d. J. die den alle von den deutschen Kriegsmilitärischen, stellvertretenden, Gouvernements- und Kommandanturen erlassenen Bekanntmachungen über die Regelung kriegswirtschaftlicher Verhältnisse (z. B. Beschlagnahmen,

ausgelegte Einwendung zu höherem Ernst und größerer Ehrlichkeit. (Es hat, wie sich nachweisen läßt, Hunderte von jungen Leuten zur Schlachtbank geführt.) Diese Proben einer gewissenlosen Demagogie genügen, Herrn Weyden an den Pranger zu stellen.

Frank Wedekind: Müß.

Zum 1. Male im Theater i. d. Königsrüher Straße. Die erste Bühne Reinholds und Bernouers ist die Bühne Steinbergs und Wedekinds.

selbstgefällig zuhören, indem er über Gedanken in Worte faßt und ihre Katzen lebhaft vor sie hinfaßt. Wedekind sagt den Staat an, von dem wir jetzt sagen dürfen, daß er gewesen ist, er sagt die Menschheit an, von der wir auch jetzt noch sagen müssen, daß sie blieb und noch lange bleiben wird.

Daß ein Russelecker seine Schülerin verführt, ist der Gesellschaft von gestern eine Alltäglichkeit. Alltäglich ist es, daß die Mutter werden soll und wird nicht, weil eine geschickte Frau dafür sorgt.

Aber aus diesem Roman wachst die Tragödie einer Gesellschaft auf, die nicht mit christlichen Namen nennt, die alles in Lüge taucht und in Unruhe vor der Wahrheit.

Aus der Gefängniszelle erstrahlt das Bild des Staates, der graufam war, weil er die Lüge heilig sprach. Der Gefängnisdirektor — Oberst, die Kuffebertin, welche Gehalten eines dunkelhaften Immensentums, das urteilt, um zu verurteilen.

Man hätte Wedekind kaum je besser verstehen können als jetzt, und man muß es Reinhold und Bernauer danken, daß sie die „Müß“, die vielleicht kein menschlich reifes, künstlerisch sein geschlossenes Werk in der Zeit geben und als Spiegel nachhalten, damit sie sich erkennen. Die Aufführung war, wie gesagt, meisterlich im Gange und im Einseinen.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegung der Kistenmacher Berlins.

Die Arbeiter der Kistenbranche sind zur Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche gekommen, um dadurch den Kollegen, die aus dem Felde zurückkehrten, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Wegen des Ausfalls von 8 1/2 Stunden täglich haben bereits Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden. Die Entschädigung für den Lohnausfall in Höhe von 30 Prozent konnte nicht angenommen werden. Die Versammlung vom 9. Dezember stellte daraufhin eine Forderung von 150 Prozent Zuschlag auf den Tariflohn von 1911 auf. Verbesserungen sind während dieser Zeit nicht erfolgt. Die Arbeiter waren während der Kriegszeit nur auf Feuerungszulagen angewiesen. Ein Durchschnittsarbeiter kann bei 30 stündiger Arbeitszeit höchstens 25-30 Mk. verdienen, würde also bei voller Arbeitszeit einen Gesamtlohn von 75 Mk. erzielen. Da von Seiten der Unternehmer weitere Zugeständnisse nicht zu erwarten waren, beschloß die Versammlung in den Aufsatz zu treten und sofort durch die Arbeiterräte Verhandlungen anzubahnen, welche aber resultatlos verliefen. Da in der Metallindustrie derartige Forderungen bereits Befriedigung gefunden haben, so ist es den Kistenmachern unerträglich, daß die Fabrikanten die berechtigten Forderungen nicht anerkennen.

Differenzen im Bankfach.

Zwischen den Bankangestellten und den Banken ist es zu einem Konflikt gekommen, bei dem auch der Gegensatz zwischen dem 20.000 Mitglieder zählenden Bankbeamtenverein und den nur 7000 Mitglieder zählenden Allgemeinen Verband der Bankbeamten, der eine strenge gewerkschaftliche Politik treibt, eine wichtige Rolle spielt. Die Bankleitungen haben die Forderungen der Bankbeamten hartnäckig gegenüber, wenn sie auch die Gehaltsforderungen der Bankbeamten nicht in voller Höhe bewilligen wollen, da sonst die Bankliquidität enorm gefährdet werden würde, was wiederum auf die Kreditwürdigkeit der Großbanken und den Kredit des Deutschen Reiches im Ausland überhaupt zurückwirken würde. Reichsarbeitsamt und Reichsgewerkschaftsamt bemühen sich um die Einigungsverhandlungen. Der Volksgutrat hat bisher nur den Allgemeinen Verband anerkannt, weil er die Bankbeamtenvereine als teilweise Gründungen der Unternehmer ansieht.

Freier Angestellterverband.

Die „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände“, die alle gewerkschaftlichen Organisationen der Handlungsgehilfen, Techniker, Bureauangestellten und Büchsenangestellten umfaßt, macht darauf aufmerksam, daß sie mit einer in diesen Tagen erfolgten Gründung eines freien Angestelltenverbandes in keinerlei Zusammenhang steht. Die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände befindet sich nach wie vor: Berlin NW. 52, Bernstr. 7, Fernsprecher: Koabit 7810/7811.

Der Ausfall der englischen Baumwollindustrie.

Aus Telegrammen aus Randesheer geht hervor, daß noch keine der beiden Parteien, welche bei dem Streit in der Baumwollindustrie in Betracht kommt, zum Nachgeben bereit ist. Die Arbeiter bestehen auf einer Lohnsteigerung von 40 Prozent. Die Forderungen der Arbeitgeber sind demgegenüber noch verschärft. Gestern tagte nämlich in London eine Kommission der Baumwollproduzenten, die mit den Delegierten der Arbeiter verhandelte. Diese forderten eine Erhöhung der heutigen Löhne um 50 Prozent. Die Delegierten wiesen darauf hin, daß die Kosten für den Lebensunterhalt sich weiter steigerten und die Industrie in weiterer Blüte begriffen sei. Die Arbeitgeber dieser Industriezweige haben jedoch, daß die Erhöhung der heutigen Löhne um 50 Prozent gleichbedeutend sei mit einer Erhöhung der Löhne um 82,50 Prozent seit Kriegszugang. Die Kommission behielt sich ihre Beschlässe vor, die binnen 10 Tagen beiden Parteien mitgeteilt werden sollen. Sie sind bereit, sich einem Urteil des Schiedsgerichtes zu unterwerfen.

Das Reichsarbeitsamt behaftet sich nicht mit Stellenvermittlung.

Ämlich wird berichtet: „Der Name Reichsarbeitsamt“ bedeutet an sich nichts anderes als die Tatsache, daß dieses Amt sich mit der Unterbringung von Stellungslosen bei anderen Behörden, Privatunternehmen usw. befaßt. Nur so ist es erklärlich, daß z. B. Techniker, Handwerker, Landwirte und Angehörige vieler anderer Berufe sich an das Reichsarbeitsamt mit der Bitte wenden, ihnen Anstellung oder Beschäftigung zu vermitteln. Das Amt ist zu solcher Vermittlung nicht zuständig und nicht imstande. An das Reichsarbeitsamt sind daher nur Gesuche um Vermittlung in dieser Richtung selbst zu richten, die übrigens zur Zeit kaum einen Erfolg versprechen. Im übrigen sind die bestehenden Stellenvermittlungseinrichtungen anzugehen.

Bestellschein.

Bitte hier ausfüllen, ausfüllen und einsenden an den Verlag der „Freiheit“, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

ab 1 Exemplar der zweimal wöchentlich erscheinenden Zeitung

„Die Freiheit“

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Preis von M. 2,00 monatlich bei freier Zustellung ins Haus.

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____

Str. _____

Platz Nr. _____ P. O. N. O. S. r. l. _____

Groß-Berlin.

Vom Lindentunnel.

Bürgerliche Zeitungen und auch Herr Schiffer als Finanzminister wiesen dieser Tage auf die „gute alte Zeit“ hin, in der Spazieren gehen bei besten Wetter, ohne „Seine“ Genehmigung, ein Strafverbrechen war, während auf anderen Gebieten die Gelder zum Fenster hinaus geworfen wurden.

Wie aber in manchen Fällen das Geld direkt unangenehm ausgegeben werden mußte, daran wurden wir erinnert, als wir dieser Tage mit der Straßenbahn durch den Tunnel Unter den Linden fuhren.

Dieser Tunnel hat eine lange Vorgeschichte. Die Hauptrolle spielt in derselben der verklärte Kaiser Wilhelm. In seinem Kaiserzoo mußte in Berlin vor allem Unter den Linden — kein Stein verdammt, ohne „Seine“ Genehmigung. Eine Straßenbahn über die Linden zu führen, fand niemals seine Genehmigung, die zu erzielen „Er“ sich selber vorbehalten. Und die betreffende Linienüberführung mußte nach und nach beseitigt werden. „Richt darüber weg“, sondern „Unter durch“ war seine Parole. Die Stadt Berlin sollte die Kosten eines Tunnelbaues von der Doroteenstraße bis zur Friedrichsstraße übernehmen, damit die Straßenbahnlinien die Zufahrt Wilhelms nicht störten. Die Stadt mußte Millionen für den Bau des Tunnels tatsächlich aufwenden, auf „allerhöchsten Befehl“. Der Vorgang zeigt, welche ungeheure Macht Wilhelm II. an sich gerissen hatte und von seiner gottbegnadeten Mission überzeugt war.

Indes machte der Eisenbahnminister trotz der Bereitwilligkeit der Stadt Berlin, den Tunnel zu bauen, fortgesetzt Schwierigkeiten, bis die Stadtverordneten Berlins mit ihrem Oberbürgermeister Wilhelm die Pistole auf die Brust setzten. Wilhelm war sehr darauf erpicht, ein neues Opernhaus am Königsplatz zu bauen, und konnte es nur, wenn die Stadt ein ihr gehöriges Stück Platzland mit einem andern Stück des Grundstückes veräußerte. Die Stadt erklärte dem Kaiser: Wir können auf deinen Wunsch nur eingehen, wenn du innerhalb 24 Stunden die Unterschrift zum Bau des Opernhalles gegeben hast. Natürlich wollte an den „zuständigen Stellen“ niemand „Ihm“ dieses Ultimatum überbringen. Schließlich mußte es doch sein. Die Unterschrift wurde gegeben, an andern Tagen konnte der Oberbürgermeister den Stadtverordneten das Schriftstück mit Wilhelms Unterschrift vorlegen und den Bau des Millionentunnels beschließen lassen. Nur durfte man damals die Geschichte nicht offen erzählen.

Geschichtsfälschung.

Der „Vorwärts“ ist eifrig bemüht, die Schuld an dem Freitagputsch der Spartakusleute in die Schuhe zu schieben. Immer wieder versucht er neue „Neugen“ aufzubringen, die beweisen sollen, daß nicht das bewaffnete Aufstandsgewölbe die Anstöße zum Klub in der Gasse gab, sondern die masselosen Versammlungsteilnehmer. So wenig sich aber aus schwarz weiß machen läßt, so wenig wird es dem „Vorwärts“ gelingen, die Finger an dem Blutbad rein zu waschen. Es steht doch fest, daß der Putsch von langer Hand vorbereitet war und daß dem Vorgehen gegen den Volksgutrat und den „Roten Fahne“ sowie gegen die Versammlungsteilnehmer der Spartakusbundes ein einseitiger Pion zugrunde lag. Schuld an dem Putsch des 8. Dezember trägt also einzig und allein derjenige, der den Befehl gab, mit Maschinen-, Gewehr- und Handwaffen unbewaffneten Versammlungsteilnehmern entgegenzutreten. Jede andere Deutung ist Geschichtsfälschung und beweist nur, daß das eigene Gewissen nicht ganz rein ist, ja, daß man den Hintermännern des Putsches befehligen muß.

Jetzt heißt der „Vorwärts“ sogar analog einer Lokalkorrespondenz die Behauptung auf, es sei lediglich der Straßengang vom Gewerkschaftsgebäude nach der Straße, nicht die Haus- und Vorgänge. Eine Lüge! Denn die vielen Schußwunden an den Häusern der Gasse, die in der Höhe der Geschosse Schandlöcher und Schandlöcher bewiesen, wie jeder noch heute feststellen kann, das ist die Wahrheit. Aber es ist immer so, wo die Wahrheit verlagert, muß die Lüge helfen.

An die Delegierten der Soldatenräte Groß-Berlins.

Die von der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei für Sonnabend, den 14. Dezember festgelegte Sitzung der Vertreter der Groß-Berliner Truppenteile findet Freitag, den 13. Dezember, 7 Uhr abends, im Reichstagsgebäude, 1. Gesch., Saal 1, Eingang Portal 5, Wasserseite, statt. In dieser Sitzung sind nicht nur alle der Partei angehörigen, sondern auch alle noch nicht politisch organisierten delegierten Kameraden eingeladen.

Zu den Arbeiterratswahlen.

Die Überstärkung, mit der die Wahlen zum Arbeiterrat vorgenommen werden mühten, haben vielfach zu großen Ungerechtigkeiten geführt. Es ist vorgekommen, daß Wahlen von 40-50 Betrieben — es sind das kleinere — benachteiligt wurden. Bei den schlechten politischen Verhältnissen bekommen die Vertrauenspersonen die Nachricht viel zu spät, um wiederum die Arbeiter des Betriebes zur Wahl einzuladen zu können, ganz ab-

gesehen von der Unmöglichkeit, vor der Wahl Verordnungen und Kandidaten und ihre regelmäßige Aufstellung unter Beobachtung der erlassenen Vorschriften abhalten zu können.

0000 Mark Belohnung. Nach Unterschlagung von 100.000 Mark ist aus Halle in a. d. Ruhr die 26 Jahre alte Else Krotzsch geborene Müller, die dort als Kontoristin angestellt war, gesucht. Frau Müller hat ihren Mann, der viel Geld auch der Anstifter ist, auf die Flucht mitgenommen. Das Ehepaar wird jetzt auch in Berlin gesucht. Auf seine Ergreifung und die Wiederbeschaffung des Geldes ist eine Belohnung bis zu 5 Proz. des wiederbeschafften Betrages ausgesetzt. Die ganze Summe besteht aus fünfzig Markbanknoten.

Zwei reisende Einbrecher wurden gestern bei ihrer Heimkehr von einem „Aufflug“ nach Dresden von der Kriminalpolizei unglücklich gemacht. Zwei alte Berliner Verbrechler, namens Grieß und Rantke, die beide in der Elbinger Straße wohnen, hatten u. a. auch in Dresden „Beziehungen“ angeknüpft. Ein Gesinnungsgenosse dort gab ihnen dann den Hinweis, daß sich Gelegenheit biete, eine Villa auszuräumen. Die beiden machten sich gleich auf die Reise, und mit Hilfe ihres Dresdener Spiegelfesslers gelang es ihnen, am 8. Dezember in der Gasse in Dresden auf, um sie zur Verwertung nach Berlin zu schaffen. Nur einen kleinen Teil nahmen sie in ihren Koffer mit. Die Dresdener Kriminalpolizei aber entdeckte den Einbruch sofort und benachrichtigte die hier, während die Einbrecher noch unterwegs waren. So wurden diese von Beamten gleich in Empfang genommen, als sie auf dem Bahnhof eintrafen.

Die Groß-Berliner Arbeiterschaft hielt am 9. Dezember im Langensiedel eine öffentliche Versammlung ab, in der zunächst Voten für die zum Arbeiterrat zu wählenden Delegierten aufgestellt wurden. Dann referierte Herr Dr. Kisch in dem er sich gegen die Ausführungen von Dr. Pabel wandte, die dieser in der ersten Arbeiterversammlung gemacht hatte. Dabei betonte er, daß seine große Indifferenz, er lasse seine Ausführungen mit einer selbstbewußten nationalen Tonalität ab, in welcher die Arbeiter die Verantwortung durch die neue Regierung selbst wahrnehmen. Bei der späteren Einsetzung des Dr. Silberstein (Kaufmann) auf diese Rede des Dr. Kisch ging das deutlich hervor.

Der Höhepunkt jedoch erklomm die Resolution, die von dem Vorstand der Reichskammer der Arbeitervereine vorgelesen und mit großer Majorität angenommen wurde.

Diese Resolution lautet ungefähr dahin, daß die Arbeitervereine der Reichskammer für ungesetzliche Einberufung der Reichskammerversammlung eintreten und die in der Arbeiterversammlung vertretenen es verhindern sollen, daß dieser in ihrer Beschlüssen über sozialen Maßnahmen ohne vorherige Einberufung oder Beratung der beruflichen Verbände der Arbeiterschaft etwas ergriffen bzw. in bestehende Gesetz eingreife.

Wenn man auch diesem erweiterten Teile der Resolution seine Zustimmung nicht verweigern kann, da es fraglos unangebracht wäre, wenn etwa z. B. des Landes abgeschafft oder einseitig wäre, so ist doch gegen den ersten Teil der Resolution, der die ungesetzliche Einberufung der Reichskammer fordert, entschieden Einspruch erhoben worden.

Den Keuzien in ihrer großen Mehrheit kann man jedoch ihre Stellungnahme nicht weiter verhehlen: denn sie sind im ganzen großen noch nicht bereit, daß sie nicht anders als als Arbeiter des Reichs sind. Von ihrem Reichsbürgerlich-funktionären Standpunkt aus sind sie sogar bereit, und verpflichtet, die Reichskammer zu unterstützen und deren ungesetzliche Einberufung zu verhindern. Es ist sogar durchaus achtenswert und anerkennenswert, daß sie nicht so schnell umlernen und umzulernen gewillt sind, wie dies ein großer Teil der Reichsbürgerlich-funktionäre während der Kriegszeit zu Wege gebracht hat.

Bonus Lebensmittel vom Freitag, den 13. Dezember.

Werden in den im amlichen Teile der Reuen Rotorgeleitung vom 12. Dezember h. J. namhaft gemachten Geschäften auf den Bezugs- und Cultivationsabschnitt 23 der Lebensmittelkarte für Jugendliche 100 Gramm Rognentranz zum Preise von 15 Pf. abgegeben.

Alt-Mitglieder. Zu einer imposanten öffentlichen Wähler-Versammlung stellte sich die am Dienstag vom Wahlverein der U. S. F. Alt-Mitglieder e oberste Versammlung. Der überfüllte Saal sollte dem Gen. W. K. reichen Beifall. Es wurden mehrere Aufnahmen für den Wahlverein gemacht und Abhandlungen für die „Freiheit“ gewonnen.

Versammlung. Am Freitag, den 13. Dezember, 2 1/2 Uhr nachts, findet im Julius Buch eine Versammlung der heimkehrenden Feldgrauen aller Dienstgrade und Waffen statt. Einberufen Erppe.

Veranstaltungen. Jugendgenossen! Jugendgenossinnen! Freitag, den 13. Dezember 1918, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Bennig, Ideal-Passage, Weichselstraße 5, eine Zusammenkunft aller Jugendgenossen statt. Wir rechnen besonders auf den Besuch der ehemaligen Mitglieder der Jugendsektion.

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Groß-Berlin. Freitag, den 13. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung bei Pörscher, Reichstraße 15. Dringend um 7 Tage Ordnung. Jedes Mitglied ist verpflichtet zu erscheinen. — Montag, den 16. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im selben Lokal Vortrag und Verbandsübungen. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Die Fußballabteilung der „Freien Turnerschaft Neutamm“ (Mittl. d. Arb.-Turn.-Bundes) hält am 14. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in der „Ideal-Kolonne“ in Neukölln, Marschstr. 14, ihre Wählungs-Versammlung ab. Gäste sind willkommen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. Neufelke, Berlin-Wilmersdorf, Druck der Verlagsbuchhandlung und Verlagsdruckerei m. B. Schiffbauerdamm 19.

Delegierte!

Die für Sonnabend anderbaunte Sitzung findet bereits am Freitag, den 13. d. M., im Reichstagsgebäude, 1. Gesch., Saal 1, Eingang von der Wasserseite, Portal 5, statt.

Auch nicht der Partei angehörige Kameraden sind herzlich eingeladen.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

Unbegrenzte Verdienstmöglichkeit!
„Faun“
Die neue illustrierte Wochenschrift für Satire, Kunst, Humor und Freiheit. Aufklärende aktuelle Artikel über Politik, Kultur, Kunst, Erziehung usw. // Romanbeilage
Gesucht werden Mitarbeiter und Abonnenten! Verlangen Sie alsbald Angaben sowie Zusendung einer Probeausgabe gegen Ansetzungsbeitrag für erfolgreiche Werbemöglichkeit gegen Einsendung von 20 Pfennig vom dem Verlag:
„Gra“, Berlin SW 47, Kreuzbergstr. 13

Strassenhändler! Erlösesteilnehmer!

Verband der Sattler und Portefeulieher

Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Militärbranche Achtung!

Branchenversammlung am Sonnabend, d. 14. 12. 1918, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, großer Saal

Tagesordnung:
1. Geschäftliches.
2. Stellungnahme zur Regelung der Löhne bezügl. der Festlegung der Arbeitszeit.
3. Branchenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch textilliert.

Vollständiges Erscheinen dringend notwendig!
Die Branchenleitung.

„Der Sozialist“

Unabhängige sozialdemokratische Wochenschrift

Verantwortlich: Dr. W. B. S. S. S. S.

Vertrieb im Niederbarnim: Gen. Carl Engel, Wilhelmstr. 11.

Bestellschein.

Bitte hier ausfüllen, ausfüllen und einsenden an den Verlag der „Freiheit“, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

ab 1 Exemplar der zweimal wöchentlich erscheinenden Zeitung

„Die Freiheit“

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Preis von M. 2,00 monatlich bei freier Zustellung ins Haus.

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____

Str. _____

Platz Nr. _____ P. O. N. O. S. r. l. _____